

DE

DE

DE



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 20.4.2010
KOM(2010) 171 endgültig

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger Europas

Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN

Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger Europas

Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms

1. Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger der Union

Der europäische Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die Strategie Europa 2020 sind als Antwort der EU auf die langfristigen globalen Herausforderungen zu verstehen und gleichzeitig als Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung des europäischen Modells der sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert.

In einer Zeit des Wandels, da sich die Welt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu befreien beginnt, ist die Europäische Union mehr denn je gefordert, ihre Werte zu schützen und zu verbreiten und für ihre Interessen einzutreten. Die Achtung des Menschen und der Menschenwürde und die Wahrung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind in dieser Zeit fortlaufenden gesellschaftlichen und technologischen Wandels unverrückbare europäische Werte. Diese Werte müssen deshalb im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen.

Das Stockholmer Programm, das der Europäische Rat im Dezember 2009 gebilligt hat¹, setzt die Prioritäten für die Weiterentwicklung des europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in den nächsten fünf Jahren. Es lässt erkennen, welche Debatten in den letzten Jahren mit dem Europäischen Parlament, dem Rat, den Mitgliedstaaten und den anderen Beteiligten geführt wurden. Den eigentlichen Kern aber machen die ambitionierten Vorhaben aus, die die Kommission in ihrer Mitteilung vom Juni 2009², die zur Annahme des Stockholmer Programms führte, skizziert hatte.

In den nächsten Jahren wird die Union in diesem Bereich energisch darauf hinarbeiten, „das Europa der Menschen voranzubringen“, damit die Bürger ihre Rechte ausüben und in vollem Umfang an der europäischen Integration teilhaben können.

Die Politik im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht wirkt sich unmittelbar auf den Alltag der Bürger aus, so dass die Erwartungen hier besonders groß sind. Die Frauen und Männer in Europa erwarten zu Recht, dass sie in einer friedlichen und prosperierenden Union leben und darauf vertrauen können, dass ihre Rechte voll und ganz geachtet werden und ihre Sicherheit gewährleistet ist.

Der europäische Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts muss ein Raum sein, in dem die Grundrechte aller Menschen, Drittstaatsangehörige eingeschlossen, so wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind, auch wirklich geachtet werden.

¹ Ratsdokument 17024/09 – Annahme durch den Europäischen Rat am 10./11. Dezember 2009.

² „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger“, KOM(2009) 262.

Ziel des Aktionsplans ist es, diese Prioritäten auf europäischer und globaler Ebene in die Tat umzusetzen und sicherzustellen, dass den Bürgern die Fortschritte im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht zugute kommen. Der Aktionsplan ermöglicht uns außerdem eine längerfristige Perspektive und den Blick darauf, wie die Union entschlossen und angemessen auf die Herausforderungen, die sich Europa und der ganzen Welt stellen, reagieren wird.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon kann sich die Union nunmehr mit größerem Ehrgeiz den alltäglichen Anliegen und Erwartungen der Unionsbürger zuwenden. Mit der Aufwertung der Rolle des Europäischen Parlaments, das ab jetzt in den meisten Bereichen Mitgesetzgeber ist, und der engeren Einbeziehung der nationalen Parlamente unterliegt die EU in Bezug auf ihr Handeln im Interesse der Bürger künftig einer größeren Rechenschaftspflicht, wodurch auch die demokratische Legitimität der Union gestärkt wird. Die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit, die künftig für die meisten Politikbereiche gilt, wird die Beschlussfassung im Rat erleichtern. Nicht zuletzt wird auch die gerichtliche Kontrolle verbessert, da dem Europäischen Gerichtshof jetzt die gerichtliche Nachprüfung aller Aspekte des Bereichs Freiheit, Sicherheit und Recht obliegt und die Grundrechte-Charta der EU rechtsverbindlich wird. Der Vertrag gibt der Union als neue Ziele die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung vor und bekräftigt das Ziel der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Union muss sich deshalb mit Entschlossenheit der Erwartungen und Sorgen ihrer Bürger annehmen. Sie muss sich Bestrebungen widersetzen, wonach Sicherheit, Justiz und Grundrechte getrennt behandelt werden sollten. In einem schlüssigen Konzept zur Bewältigung heutiger und kommender Herausforderungen hängen diese Aspekte jedoch eng miteinander zusammen.

2. Schutz der Grundrechte

Der Schutz der in der Grundrechte-Charta verankerten Rechte muss uneingeschränkt gelten, und die Rechte müssen effektiv und konkret wirken. Die Grundrechte-Charta muss zur Richtschnur unseres Handelns werden. Verstöße gegen die Charta wird die Kommission unter keinen Umständen dulden. Die Kommission wird ihre Verfahren stärken, um die Achtung der Charta zu gewährleisten, und dem Europäischen Parlament und dem Rat darüber Bericht erstatten. In einer globalen Gesellschaft, die durch raschen technologischen Wandel mit grenzenlosem Informationsaustausch geprägt ist, kommt der Sicherung der Privatsphäre größte Bedeutung zu. Die Union muss deshalb für eine konsequente Anwendung des Grundrechts auf Datenschutz sorgen. Wir müssen die Position der EU bezüglich des Schutzes personenbezogener Daten bei allen EU-Maßnahmen, einschließlich jener in den Bereichen Strafverfolgung und Kriminalprävention, sowie in unseren internationalen Beziehungen stärken.

Es sollen alle verfügbaren Instrumente eingesetzt werden, um auf europäischer Ebene entschlossen Gewalt gegen Frauen und Kinder, einschließlich häuslicher Gewalt und weiblicher Genitalverstümmelung, zu bekämpfen, energisch für den Schutz von Kinderrechten einzutreten und gegen alle Formen von Diskriminierung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie anzugehen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei Personen, die aufgrund ihrer Lage schutzbedürftig sind.

Es muss untersucht werden, worin sich die Garantien für Opfer von Kriminalität und Terrorismus in den 27 Mitgliedstaaten unterscheiden, um die Unterschiede abzubauen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ein höheres Schutzniveau anzustreben. Das

Unionsrecht muss in Bezug auf die Fairness der Verfahren einen hohen Standard für die Rechte der Beschuldigten gewährleisten. Auch mit den Bedingungen in den Gewahrsamseinrichtungen und Haftanstalten sollte sich die EU auseinandersetzen.

3. Mitspracherechte für die europäischen Bürger

Die Unionsbürgerschaft muss von einem in den Europäischen Verträgen verankerten Konzept zu einer konkreten Realität im Alltag der Bürger werden, so dass die Bürger erkennen können, was ihnen die Unionsbürgerschaft neben ihrer Staatsangehörigkeit an zusätzlichem Nutzen bringt. Die Bürger müssen von ihren Rechten, die sich aus der europäischen Integration ergeben, profitieren können.

Die erleichterte Mobilität der Bürger ist für Europa von zentraler Bedeutung. Die Freizügigkeit zählt zu den wesentlichen Rechten der EU-Bürger und ihrer Familienangehörigen. Dieses Recht muss mit aller Kraft gestärkt werden. Um die Mobilität zu fördern, müssen die Grenzen beseitigt werden, vor denen Bürger stehen, die ihre Rechte ausüben und in einem anderen Mitgliedstaat studieren, arbeiten, ein Unternehmen oder eine Familie gründen oder sich zur Ruhe setzen wollen. Die Bürger müssen überall auf der Welt Schutz genießen. Jedem EU-Bürger, der sich in einem Land aufhält, in dem sein Mitgliedstaat nicht vertreten ist, sollte von Botschaften oder Konsulaten eines anderen Mitgliedstaats zu denselben Bedingungen wie deren eigene Staatsangehörige konsularische Unterstützung erhalten.

Um den Bürgern Europa näher zu bringen, ist es unerlässlich, ihre Teilhabe am demokratischen Leben der Union zu erleichtern und zu fördern. Dass sie sich stärker an den Europawahlen beteiligen, ist unser gemeinsames Bestreben. Das aktive und passive Wahlrecht der Bürger bei Kommunal- und Europawahlen in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat muss weiter gefördert und gestärkt werden. Die neue Bürgerinitiative stärkt nachdrücklich die Rechte der Unionsbürger und die demokratische Legitimität der Union.

4. Stärkung des Vertrauens in den europäischen Rechtsraum

Der europäische Rechtsraum und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts beruhen auf dem zentralen Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Voraussetzung hierfür ist Vertrauen: Vertrauen unter Rechtsanwendern ebenso wie unter Unternehmen und Bürgern. Dafür bedarf es Mindeststandards und eines größeren Verständnisses der unterschiedlichen Rechtstraditionen und -methoden.

Nur Rechte einzuführen, reicht nicht. Realität werden Rechte und Pflichten erst dann, wenn sich deren Inhaber ohne Weiteres auf sie berufen können. Der Einzelne muss in die Lage versetzt werden, seine Rechte überall in der Union geltend zu machen.

Ein funktionierender europäischer Rechtsraum ist für alle Maßnahmen der Union vorteilhaft, denn er unterstützt ihre Entwicklung und trägt zu ihrer erfolgreichen Umsetzung bei. Vor allem aber sollte er Bürgern und Unternehmen zugute kommen, die Wirtschaftstätigkeit im Binnenmarkt fördern und ein hohes Maß an Verbraucherschutz gewährleisten. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon verfügt die Union nunmehr über die Instrumente, die sie braucht, um Bürgern wie Unternehmen den Alltag zu erleichtern und die Bedürfnisse der Bürger und die Anforderungen des Binnenmarkts mit den vielfältigen Rechtstraditionen in den Mitgliedstaaten in Einklang zu bringen.

Das Unionsrecht kann die Mobilität erleichtern und den Bürgern helfen, ihr Recht auf Freizügigkeit auszuüben. Im Fall von Ehepaaren mit internationalem Hintergrund kann es bei einer Scheidung oder Trennung unnötige Belastungen verringern und die derzeitige Rechtsunsicherheit für Kinder und Eltern in Situationen mit Auslandsbezug beseitigen. Außerdem kann das Unionsrecht dazu beitragen, Hindernisse bei der Anerkennung von Rechtshandlungen auszuräumen, und die gegenseitige Anerkennung von Personenstandsurkunden bewirken. Haben Bürger bei einer Fahrt mit ihrem Kraftfahrzeug in einen anderen Mitgliedstaat einen Unfall, müssen sie Rechtssicherheit bezüglich der Ausschluss- und Verjährungsfristen ihrer Versicherungsansprüche haben.

Das Unionsrecht kann konkret und wesentlich zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 beitragen und den von der Finanzkrise verursachten Schaden mindern helfen. Wo immer dies zur Stärkung des Binnenmarkts erforderlich und angemessen ist, werden neue EU-Regelungen vorgeschlagen, um den Unternehmen durch die Reduzierung des Verwaltungsaufwands und niedrigere Transaktionskosten zu helfen.

Der Bürokratieabbau ist auf jeden Fall eine Priorität, und das schwerfällige kostspielige Exequaturverfahren, das für die Anerkennung und Vollstreckung eines im Ausland ergangenen Urteils erforderlich ist, sollte baldmöglichst der Vergangenheit angehören, ohne jedoch bei den notwendigen Schutzmaßnahmen Abstriche zu machen. Wenn gewährleistet ist, dass Schulden im Ausland genauso problemlos wie im Inland beigetrieben werden können, stärkt dies das Vertrauen unserer Unternehmen in den Binnenmarkt. Auch effiziente Insolvenzverfahren können zur Bewältigung der Wirtschaftskrise beitragen. Grenzübergreifende Transaktionen können mithilfe eines kohärenteren europäischen Vertragsrechts erleichtert werden. Die Unternehmen nutzen das verkaufsfördernde Potenzial des Internets nicht in ausreichendem Maße: Das Unionsrecht kann hier nützlich sein und den Unternehmen mehr Rechtssicherheit bieten, gleichzeitig aber auch ein Höchstmaß an Verbraucherschutz gewährleisten. Die Verbraucher müssen über ihre Rechte Bescheid wissen und sie in grenzübergreifenden Fällen einfordern können. Nicht zuletzt kann eine intensivere Nutzung alternativer Streitbeilegungsverfahren zur geordneten Rechtspflege beitragen.

Das Strafrecht ist ein verhältnismäßig neuer Tätigkeitsbereich der EU, für den der Vertrag von Lissabon einen klaren Rechtsrahmen vorgibt. Die Bemühungen der EU zur Annäherung des materiellen Strafrechts und des Strafprozessrechts sollten auf eine Strategie gestützt sein, die die Grundsätze der Subsidiarität und Kohärenz voll achtet. Diese Strategie sollte in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten und dem Rat verfolgt werden; dabei wäre zu berücksichtigen, dass die gegenseitige Anerkennung auch künftig den Schwerpunkt bildet und die Harmonisierung von Straftatbeständen und Strafen in ausgewählten Fällen vorangetrieben wird.

Die geordnete Rechtspflege darf nicht dadurch gefährdet werden, dass zwischen den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten ungerechtfertigte Unterschiede bestehen: So sollten Straftäter nicht die Möglichkeit haben, sich der Verfolgung und Haft dadurch zu entziehen, dass sie sich in einen anderen Mitgliedstaat begeben und die Unterschiede zwischen den einzelstaatlichen Rechtssystemen ausnutzen. Wir brauchen eine tragfähige europäische Verfahrensgrundlage. Ein neues und umfassendes System für die Beweiserhebung in grenzübergreifenden Strafsachen sowie ein besserer Informationsaustausch zwischen den einzelstaatlichen Behörden über begangene Straftaten sind wichtige Instrumente zur Entwicklung eines funktionierenden Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die Kommission wird die Arbeiten an einer europäischen Staatsanwaltschaft auf der Grundlage von Eurojust vorantreiben. Die europäische Staatsanwaltschaft soll mit der Ermittlung,

Strafverfolgung und Anklageerhebung bei Straftaten gegen die finanziellen Interessen der EU betraut werden. In diesem Zusammenhang wird die Kommission weitere Überlegungen über die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, einschließlich des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) anstellen.

5. Gewährleistung der Sicherheit Europas

Europa ist in zunehmendem Maße mit einer Kriminalität konfrontiert, die nicht an Landesgrenzen haltmacht. Wir haben die Pflicht, eng mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, wichtigen Drittstaaten sowie gegebenenfalls mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten und alles zu tun, damit die Unionsbürger in Sicherheit leben können.

Der Vertrag von Lissabon gibt der Union Instrumente an die Hand, mit denen sich Terrorismus und organisierte Kriminalität wirkungsvoller bekämpfen lassen.

Geplant ist eine Strategie der inneren Sicherheit auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der Grundrechte und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, die mit Umsicht und der festen Entschlossenheit, sich den zunehmenden grenzüberschreitenden Herausforderungen zu stellen, umgesetzt werden soll. Die Strategie umfasst ein koordiniertes Konzept für polizeiliche Zusammenarbeit, Grenzmanagement, die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und Zivilschutz. Wir müssen uns für sämtliche Sicherheitsbedrohungen, von Terrorismus und organisierter Kriminalität bis hin zu vom Menschen verursachten Katastrophen und Naturkatastrophen, wappnen. Um auf diese Bedrohungen effizient reagieren zu können, bedarf es angesichts der zunehmenden Nutzung neuer Technologien ergänzender Maßnahmen, die die Sicherheitsvorsorge und die Ausfallsicherheit der europäischen Netze und IKT-Infrastruktur gewährleisten.

Diese Strategie kann nur Erfolg haben, wenn sie auf bereits vorhandene Erfahrungen und Erkenntnisse zurückgreift. Es ist an der Zeit, unser Vorgehen in der Vergangenheit, bei dem die Union auf unerwartete und tragische Ereignisse häufig nur von Fall zu Fall reagieren konnte, zu bewerten und die neuen institutionellen Strukturen, die der Lissabon-Vertrag bietet, für ein kohärentes, multidisziplinäres Vorgehen zu nutzen.

Die Erarbeitung einer Strategie für den Informationsaustausch setzt voraus, dass wir uns einen Überblick verschaffen über die vorhandenen Systeme, mit denen Daten erhoben, verarbeitet und verbreitet werden. Diese Systeme müssen gründlich auf ihre Zweckmäßigkeit, Effizienz und Wirkung sowie ihre Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Zu untersuchen ist außerdem, ob bei ihnen die Achtung des Rechts auf Privatsphäre gewährleistet ist. Diese Strategie soll auch als Grundlage für eine kohärente Entwicklung bzw. Weiterentwicklung aller bestehenden und künftigen Informationssysteme dienen.

Wir müssen prioritär eine Bilanz der in den letzten Jahren eingeführten Antiterrormaßnahmen ziehen und diese auf Verbesserungsmöglichkeiten prüfen, damit sie den Schutz unserer Bürger sichern helfen und dem Handeln der Mitgliedstaaten einen Mehrwert verleihen. Der neue institutionelle Rahmen bietet der Union bisher ungeahnte Möglichkeiten für eine bessere Verknüpfung ihrer verschiedenen Instrumente zur Terrorismusbekämpfung.

Bei den künftigen Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität muss der neue institutionelle Rahmen so weit irgend möglich genutzt werden. Menschenhandel, Kinderpornografie, Cyberkriminalität, Finanzkriminalität, Fälschung von Zahlungsmitteln und Drogenschmuggel müssen umfassend angegangen werden. Eine wirksamere

Strafverfolgung und Verurteilung sind ebenso wichtig wie die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Opfer solcher Straftaten; wir müssen uns mehr um potenzielle Opfer kümmern. Eine erste konkrete Antwort wäre die Bündelung der Strafverfolgungskapazitäten der Mitgliedstaaten für bestimmte Drogen und Routen.

Außerdem müssen wir alle Hindernisse aus dem Weg räumen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit der einzelstaatlichen Strafverfolgungsbehörden entgegenstehen. EU-Agenturen und -Einrichtungen wie der Außengrenzagentur Frontex, Europol, Eurojust und dem OLAF kommt eine außerordentlich wichtige Rolle zu. Sie müssen besser zusammenarbeiten und die notwendigen Befugnisse und Mittel erhalten, damit sie ihre Ziele innerhalb des ihnen zugewiesenen Aufgabenbereichs erreichen.

Die Union wird den Zugang zu ihrem Gebiet in einem erweiterten Schengen-Raum mithilfe eines integrierten Konzepts kontrollieren, um die Mobilität weiter zu erleichtern und ein hohes Maß an innerer Sicherheit zu gewährleisten. Die Visaliberalisierung wird insbesondere mit Nachbarländern vorangetrieben, um den Bürgern auf der Basis klarer Bedingungen direkte persönliche Kontakte zu erleichtern.

Auch die intelligente Nutzung moderner Technologien beim Grenzmanagement, die die bestehenden Instrumente als Teil eines Risikomanagementverfahrens ergänzen sollen, kann Bona-fide-Reisenden den Zugang zu Europa erleichtern und zudem die Innovation in verschiedenen Industriezweigen der EU-Länder anregen. Dies wäre ein Beitrag zu Europas Wohlstand und Wachstum und würde den Unionsbürgern ein Gefühl der Sicherheit geben. Die Inbetriebnahme der Systeme SIS II und VIS wird weiterhin hohe Priorität haben.

Zum Schutz der Bürger vor den Risiken des internationalen Handels mit nachgeahmten, verbotenen und gefährlichen Gütern bedarf es ebenfalls eines koordinierten Vorgehens, das sich auf eine starke Zollverwaltung stützt. Der Schutz vor schädlichen und gefährlichen Gütern muss auf der Grundlage eines Risikomanagements einschließlich Kontrollen von Gütern, Lieferketten und jeder Art von Warenströmen wirkungsvoll und strukturiert gewährleistet werden.

Die Aufgaben, die die EU im Bereich Katastrophenverhütung, Vorsorge und Reaktion wahrnimmt, gehören ebenfalls zu unseren Anstrengungen, die wir zum Schutz der Bürger unternehmen. Die unmittelbare Priorität wird es sein, das Krisenmanagement eingehend zu prüfen und die notwendigen Maßnahmen auf EU-Ebene festzulegen. Wir werden das EU-Katastrophenschutzverfahren stärken, um die Verfügbarkeit, Interoperabilität und Koordinierung der Hilfe der Mitgliedstaaten zu verbessern. Auch die Prävention muss gestärkt werden. Die Union wird sich dabei auf die Solidaritätsklausel stützen.

6. Solidarität und Verantwortung als Richtschnur unseres Handelns

Aus Respekt für die von uns vertretenen Werte der Menschenwürde und Solidarität müssen wir entschlossen für die Grundrechte von Migranten eintreten, damit sie uneingeschränkt ihren Beitrag zur europäischen Wirtschaft und Gesellschaft leisten können. Eine Lösung der Einwanderungsfrage könnte beträchtlich dazu beitragen, mit den demografischen Herausforderungen, vor denen die Union steht, fertig zu werden und längerfristig die Wirtschaftsleistung der EU zu sichern. Einwanderung hat das Potenzial, als zusätzliche Quelle dynamischen Wachstums einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 zu leisten.

In den nächsten Jahren wird es unsere Aufgabe sein, eine echte gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik festzulegen und zu betreiben. Die derzeitige Wirtschaftskrise darf uns nicht daran hindern, dieses Ziel engagiert und entschlossen zu verfolgen. Im Gegenteil bedarf es solcher Maßnahmen heute mehr denn je. Sie müssen eingebettet sein in eine langfristige Vision der Achtung der Grundrechte und der Menschenwürde und auf die Stärkung der Solidarität gerichtet sein, insbesondere unter den Mitgliedstaaten, die gemeinsam die mit einem humanen, leistungsfähigen System verbundenen Belastungen schultern müssen. Nach der Konsolidierung dieser Maßnahmen müssen wir untersuchen, wie weit wir unsere ehrgeizigen Ziele schon erreicht haben. Weitere Maßnahmen werden sodann nach Bedarf vorgeschlagen.

Die Union wird eine echte gemeinsame Migrationspolitik mit neuen, flexiblen Rahmenbedingungen für die Aufnahme legaler Migranten entwickeln. Damit kann sich die Union auf die zunehmende Mobilität einstellen und dem Bedarf der nationalen Arbeitsmärkte anpassen, ohne in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten einzugreifen.

Ziel der EU muss ein einheitlicher Sockel an Rechten und Pflichten für legale Migranten sein, der denen europäischer Bürger vergleichbar ist. Diese in einem Einwanderungskodex festgeschriebenen Rechte sowie gemeinsame, effiziente Regeln für Familienzusammenführungen sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die positiven Auswirkungen der legalen Einwanderung zum Nutzen aller Beteiligten und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU gesteigert werden. Die Integration der Migranten bleibt eine wichtige Aufgabe; dabei gilt es, ihre Rechte zu wahren, ihnen aber auch ihre Verantwortung für die eigene Integration in die Gesellschaft, in der sie leben, bewusst zu machen.

Die Verhütung und Verringerung der irregulären Migration im Einklang mit der Grundrechte-Charta ist für die Glaubwürdigkeit und den Erfolg der EU-Politik in diesem Bereich gleichermaßen bedeutsam. Besonderes Augenmerk gilt der Situation unbegleiteter Kinder.

Unsere Antwort auf diese globale Herausforderung erfordert eine echte Partnerschaft mit Herkunfts- und Transit-Drittstaaten und die Einbeziehung aller migrationspolitischen Fragen in einen umfassenden politischen Rahmen. Der Gesamtansatz zur Migrationsfrage wird also weiterhin verfolgt und umgesetzt.

Wir müssen unserer Verpflichtung zur Achtung des Grundrechts auf Asyl, einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, gerecht werden. Mit der Einrichtung des gemeinsamen europäischen Asylsystems und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen sollen ein einheitlicher Status, hohe gemeinsame Standards für den Schutz in der EU, ein gemeinsames Asylverfahren und als langfristiges Ziel die gegenseitige Anerkennung gewährleistet werden. Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die Solidarität mit Menschen, die weltweit der Verfolgung ausgesetzt sind, wird den Kern unserer Asyl- und Neuansiedlungspolitik ausmachen.

7. Beitrag zu einem globalen Europa

Die vorstehend skizzierten politischen Ziele sind ohne ein wirkliches Engagement unserer Partner in Drittländern und internationalen Organisationen nicht zu erreichen. Eine starke externe Dimension, die mit dem allgemeinen außenpolitischen Handeln der Union abgestimmt ist, wird uns helfen, zeitig Herausforderungen zu erkennen und unsere Ziele zu erreichen, die die Werbung für unsere Werte und die Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte einschließen.

Interne und externe Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht sind untrennbar miteinander verknüpft. Ergebnisse sind nur zu erzielen, wenn zwischen den internen und externen Maßnahmen Kontinuität und Kohärenz gewahrt ist und die Union und die Mitgliedstaaten in Abstimmung miteinander und komplementär handeln.

Der Vertrag von Lissabon eröffnet der Europäischen Union neue Möglichkeiten für ein effizienteres außenpolitisches Handeln. Der Kommission kommt diesem Vertrag zufolge eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der externen Dimension des Bereichs Justiz und Inneres zu. Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin der Kommission und die Kommission werden auf der Grundlage des Lissabon-Vertrags auf die Kohärenz zwischen den Außenbeziehungen und anderen Aspekten des auswärtigen Handelns der EU achten, und zwar auch bei der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst.

8. Von politischen Prioritäten zu Maßnahmen und Ergebnissen

Fortschritte im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht sind nur zu erreichen, wenn die politischen Prioritäten erfolgreich umgesetzt werden. Um für die vom Vertrag von Lissabon vorgegebenen ehrgeizigen Ziele gerüstet zu sein, hat die Kommission erstmals zwei Mitgliedern des Kollegiums Zuständigkeiten im Bereich Justiz und Inneres zugewiesen, wobei ein Mitglied gleichzeitig Vizepräsidentin der Kommission ist.

Mithilfe der Charta der Grundrechte, die unsere Richtschnur bildet, arbeiten wir auf fünf Ziele hin: bessere Abstimmung mit den übrigen Maßnahmen der Union, Verbesserung der Qualität der Rechtsvorschriften, wirkungsvollere Rechtsanwendung auf nationaler Ebene, bessere Nutzung der Bewertungsinstrumente und Abstützung unserer politischen Prioritäten innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens mit angemessenen Finanzmitteln.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg ist gegenseitiges Vertrauen. Hierzu bedarf es gemeinsamer Mindeststandards (z. B. für Verfahrensrechte) und einer Vermittlung der unterschiedlichen Rechtstraditionen und Verfahrensweisen. Eine gemeinsame europäische Rechtskultur, die durch Fortbildungs- und Austauschmaßnahmen nach dem Vorbild des Erasmusprogramms aktiv unterstützt wird, sowie ein Europäisches Rechtsinstitut, das auf vorhandenen Strukturen und Netzwerken aufbaut, können hier einen wertvollen Beitrag leisten.

Rechtsinstrumente zur Verfügung zu stellen, reicht oft nicht aus. Zielvorstellungen sollten in einem breiten Kreis diskutiert werden. Anschließend müssen die Ergebnisse ausführlich erläutert werden. Oft ist keineswegs klar, ob die europäischen Bürger sich ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten wirklich bewusst sind. Deshalb sind sie auch nicht in der Lage, sie auszuüben. Eine bessere Kommunikation hilft den Bürgern, von den auf EU-Ebene erzielten

Fortschritten zu profitieren und die Kluft zwischen der tatsächlich erreichten europäischen Integration und der Wahrnehmung, die die Bürger davon haben, zu überwinden.

Die Tabelle im Anhang dient als Orientierung für die Maßnahmen der Union im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht in den nächsten fünf Jahren. Es gilt, alle vom Europäischen Rat im Stockholmer Programm niedergelegten politischen Ziele umzusetzen, die Prioritäten des Europäischen Parlaments in diesen Bereichen aufzugreifen und auf die vor uns liegenden Herausforderungen zu reagieren. Der Aktionsplan enthält konkrete Maßnahmen mit einem genauen Zeitplan für ihre Annahme und Umsetzung. Nach Auffassung der Kommission bedingen sich diese Maßnahmen gegenseitig; sie sind unerlässlich und entsprechen den Ambitionen, die sich die Europäische Union zu eigen machen muss.

Initiativen zur Realisierung unserer gemeinsamen politischen Prioritäten sollten mit dem Ziel entwickelt und umgesetzt werden, einem möglichst hohen Anspruch gerecht zu werden, wie es die Bürger von uns erwarten. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass den Bürgern die auf europäischer Ebene erzielten Fortschritte in vollem Umfang zugute kommen. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Aktionsplans hängt von dem politischen Engagement aller Beteiligten ab: der Kommission als Impulsgeber, dem Europäischen Parlament und dem Rat bei der Beratung über Vorschläge und deren Inkraftsetzung und den nationalen Parlamenten, die über die Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu wachen haben. Die Mitgliedstaaten müssen das Unionsrecht umsetzen und uneingeschränkt anwenden, die Kommission muss dies kontrollieren, und die Gerichte der Union und die nationalen Gerichte müssen für die ordnungsgemäße Anwendung des Unionsrechts sorgen – alle mit dem gleichen hohen Maß an Engagement. Motor und wesentlicher Akteur ist aber nicht zuletzt der aufgeklärte Bürger, dem diese Maßnahmen gelten.

Dieser Aktionsplan ist nicht in Stein gemeißelt. Die Union muss in der Lage sein, auf unerwartete Ereignisse zu reagieren, schnell Gelegenheiten zu nutzen, künftige Entwicklungen vorherzusehen und sich darauf einzustellen. Deshalb wird die Kommission bei Bedarf von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen. Außerdem wird die Kommission 2012 eine Halbzeitbilanz vorlegen, um sicherzustellen, dass die Umsetzung des Stockholmer Programms mit den Entwicklungen in Europa und in der Welt Schritt hält.

Die Kommission fordert das Europäische Parlament und den Rat auf, diesen Aktionsplan zur Realisierung des Stockholmer Programms zu billigen und sich aktiv an seiner Umsetzung zu beteiligen.

ANHANG

Schutz der Grundrechte

Ein Europa auf dem Fundament der Grundrechte		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention	Kommission	2010 (angenommen)
Mitteilung über die Grundrechtspolitik	Kommission	2010
Mehrjähriges Rahmenprogramm der Agentur für Grundrechte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	Kommission	2010
Bericht über die Maßnahmen zum Gedenken an die Verbrechen totalitärer Regime	Kommission	2010
Jahresbericht zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union	Kommission	2010 in Arbeit
Bericht über die Umsetzung des Ratsbeschlusses 2003/335/JI betreffend die Ermittlung und Strafverfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen	Kommission	2011
Europäisches Netz von Anlaufstellen betreffend Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verantwortlich sind	Kommission	in Arbeit

Schutz der Rechte der Bürger in der Informationsgesellschaft

Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über einen neuen Rechtsrahmen für den Schutz personenbezogener Daten nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	Kommission	2010
Neuer umfassender Rechtsrahmen für Datenschutz	Kommission	2010
Mitteilung über Datenschutz und Vertrauen im „Digitalen Europa“: Stärkung des Vertrauens der Bürger in neue Dienste	Kommission	2010
Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Datenschutzabkommen für Strafverfolgungszwecke	Kommission	2010
Mitteilung über Hauptelemente für Datenschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten für Strafverfolgungszwecke	Kommission	2012
Zusammenleben in einem Raum, in dem die Vielfalt respektiert und besonders schutzbedürftige Personen geschützt werden		

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	Mitgliedstaaten Kommission	November 2010 in Arbeit
Mitteilung über die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung	Kommission	2011
Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 2000/43/EG gegen Rassendiskriminierung	Kommission	2012
Bericht über die Durchführung des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	Kommission	2013
Rechte des Kindes		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über die Kinderrechtsstrategie (2010-2014) auf der Grundlage einer Bewertung der Wirkung der internen und externen EU-Maßnahmen mit Bezug zu Kinderrechten	Kommission	2010
Initiativen mit Blick auf die mögliche Anwendung von Mediation in Familiensachen auf internationaler Ebene	Kommission	2012

Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates zu Alarmsystemen für Kindesentführung	Mitgliedstaaten	2011
Verordnung über eine EU-weite Telefon-Hotline für die Meldung vermisster Kinder	Kommission	2012
Schutzbedürftige Gruppen		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Roma in Europa	Kommission	2010 (angenommen)
Mitteilung über eine Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Gewalt in der Familie sowie zur Bekämpfung von Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen, mit anschließendem EU-Aktionsplan	Kommission	2011 - 2012
Bericht über die Anwendung des Haager Übereinkommens von 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen, der auch zur Bewertung der Frage nach der Notwendigkeit zusätzlicher Vorschläge für hilfsbedürftige Erwachsene dient	Kommission	2014
Praktische Unterstützung und Förderung bewährter Vorgehensweisen, um den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Diskriminierung im Sinne des Artikels 10 AEUV, auch der Roma, behilflich zu sein	Kommission	in Arbeit
Beitritt zum Haager Übereinkommen von 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen	Mitgliedstaaten	in Arbeit

Opfer von Straftaten, einschließlich Terrorismus		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Rechtsetzungsvorschlag über ein umfassendes Instrument zum Schutz von Opfern und Aktionsplan mit praktischen Maßnahmen, einschließlich einer Europäischen Schutzanordnung	Kommission	2011
Die Rechte des Einzelnen im Strafverfahren		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Legislativvorschlag zum Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung	Kommission	2010 (angenommen)
Legislativvorschlag betreffend die Rechtsbelehrung und die Belehrung über den Tatvorwurf	Kommission	2010
Legislativvorschlag zu Rechtsbeistand und Prozesskostenhilfe	Kommission	2011
Legislativvorschlag betreffend die Kommunikation mit Angehörigen, Arbeitgebern und Konsularbehörden	Kommission	2012
Legislativvorschlag betreffend besondere Garantien für schutzbedürftige Verdächtige oder Beschuldigte	Kommission	2013

Grünbuch zum Bedarf an zusätzlichen Mindestverfahrensrechten für Beschuldigte und Verdächtige, die nicht Gegenstand früherer Legislativvorschläge waren	Kommission	2014
Gewahrsam		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Grünbuch zu Fragen des Gewahrsams mit Folgemaßnahmen	Kommission	2011
Bericht über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/909/JI über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union	Kommission	2013

Förderung der Rechte der Bürger

Uneingeschränkte Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Folgemaßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht auf Freizügigkeit	Kommission	in Arbeit
Zweiter Bericht über die Umsetzung und Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG	Kommission	2013
Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ im Rahmen der Strategie „Europa 2020“	Kommission	2010
Anspruch auf Schutz in Drittländern		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über eine Bestandsaufnahme sowie über künftige Entwicklungen hin zu einem wirksameren konsularischen Schutz für EU-Bürger	Kommission	2010
Legislativvorschlag für einen besseren finanziellen Ausgleich als Gegenleistung für konsularischen Schutz in Krisensituationen	Kommission	2011
Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung der zur Erleichterung des konsularischen Schutzes notwendigen Koordinierungs- und Kooperationsmaßnahmen (zur Änderung des Beschlusses 1995/553/EG)	Kommission	2011

Teilhabe am demokratischen Leben in der Union		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Bericht über die Unionsbürgerschaft mit Analysen und Maßnahmen zur Beseitigung der Hemmnisse für die Freizügigkeit, einschließlich eines Berichts über die Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009	Kommission	2010
Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 94/80/EG über die Teilnahme von EU-Bürgern an Kommunalwahlen und Bericht über Ausnahmeregelungen nach Artikel 22 Absatz 1 AEUV	Kommission	2011
Legislativvorschlag zur Änderung der Richtlinie 93/109/EG über die Wahlen zum Europäischen Parlament im Hinblick auf eine Verringerung der Verwaltungslasten für Bürger und nationale Verwaltungen	Kommission	2011-2012
Bericht der Kommission an das Europäische Parlament über nationale Gepflogenheiten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament	Kommission	2012
Bericht über Ausnahmeregelungen nach Artikel 22 Absatz 2 AEUV, der gemäß Artikel 14 Absatz 3 der Richtlinie 93/109/EG über Wahlen zum Europäischen Parlament vorzulegen ist	Kommission	2012
Bericht über die Unionsbürgerschaft mit weiteren Analysen und Maßnahmen zur Beseitigung der Hemmnisse für die Freizügigkeit	Kommission	2013

Stärkung des Vertrauens in den europäischen Rechtsraum

Weitere Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung		
Strafrecht		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Bericht über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen	Kommission	2010 2013
Bericht über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI über den Europäischen Haftbefehl einschließlich geeigneter Folgemaßnahmen	Kommission	2010 2014
Legislativvorschlag für eine umfassende Regelung zur Beweiserhebung in Strafsachen unter Berücksichtigung aller Arten von Beweismitteln auf der Grundlage des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung	Kommission	2011
Legislativvorschlag zur Einführung gemeinsamer Standards für die Beweiserhebung in Strafsachen, um die Zulässigkeit der Beweismittel sicherzustellen	Kommission	2011
Vorschlag für eine Verordnung, die Eurojust die Befugnis zur Einleitung von Ermittlungen verleiht, dessen interne Struktur wirkungsvoller gestaltet und das Europäische Parlament sowie die	Kommission	2012

nationalen Parlamente in die Evaluierung der Eurojust-Tätigkeiten einbindet		
Legislativvorschlag zur gegenseitigen Anerkennung von Rechtsverlusten	Kommission	2013
Mitteilung über die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (EStA) auf der Grundlage von Eurojust	Kommission	2013
Legislativvorschlag zur gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen einschließlich Geldbußen für Straßenverkehrsdelikte	Kommission	2011
Zivilrecht		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Legislativvorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I)	Kommission	2010
Legislativvorschlag für einen Beschluss des Rates über die Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich des auf Scheidungssachen anzuwendenden Rechts (Rom III)	Kommission	2010 (angenommen)
Vorschlag für eine Verordnung über Kollisionsnormen auf dem Gebiet des Ehegüterrechts einschließlich Fragen zur gerichtlichen Zuständigkeit und gegenseitigen Anerkennung sowie für eine Verordnung über die güterrechtlichen Folgen der Auflösung von sonstigen Lebensgemeinschaften	Kommission	2010

Kompodium der EU-Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der zivilrechtlichen Zusammenarbeit	Kommission	2010
Anhörung zu den im EU-Recht vorgesehenen kollektiven Rechtsbehelfen	Kommission	2010
Kompodium der EU-Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Verbraucherrechts	Kommission	2011
Empfehlung der Kommission zur Registrierung von Testamenten nach Annahme der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses	Kommission	2013

Stärkung des gegenseitigen Vertrauens		
Verbesserung der Instrumente		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Europäisches Justizielles Netz (Zivilsachen) - Umsetzung der Entscheidung Nr. 568/2009/EG zur Änderung der EJM-Entscheidung - Verbesserung der EJM-Website analog zum Ausbau des EU-Justizportals	Kommission	in Arbeit

- Berichterstattung über die Tätigkeit des Europäischen Justiziellen Netzes		
Europäisches Justizielles Netz (Strafsachen) - Umsetzung des Beschlusses 2008/976/JI über das Europäische Justizielle Netz - bessere Verbreitung der neuesten Informationen über die Umsetzung von EU-Instrumenten auf dem Gebiet der justiziellen Zusammenarbeit	Kommission Mitgliedstaaten Mitgliedstaaten und EJN	in Arbeit
Umsetzung		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Handbuch zur Durchführung des Rechtshilfe- und des Auslieferungsabkommens zwischen der EU und den USA	Kommission	2010
Praktischer Leitfaden zum Europäischen Mahnverfahren (Verordnung (EG) Nr. 1896/2006)	Kommission	2010
Praktischer Leitfaden zum europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen (Verordnung (EG) Nr. 861/2007)	Kommission	2011
Informationsblätter zur Verordnung (EG) Nr. 4/2009 betreffend Unterhaltssachen	Kommission	2011
Informationsblätter zur Richtlinie 2008/52/EG über Mediation	Kommission	2012
Handbuch zum Rahmenbeschluss 2003/577/JI zur Vollstreckung von Entscheidungen über die	Kommission	2012

Sicherstellung von Vermögensgegenständen		
Handbuch zum Rahmenbeschluss 2005/214/JI über die gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen	Kommission	2012

Schaffung eines Sockels an gemeinsamen Mindestnormen		
Strafrecht		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Legislativvorschlag über die Angleichung der Rechtsvorschriften für Zollvergehen und Sanktionen	Kommission	2012
Legislativvorschläge zur Ergänzung der Richtlinien 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und 2009/123/EG über die Meeresverschmutzung durch Schiffe	Kommission	2012
Zivilrecht		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan

Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen, ggf. gefolgt von einem Änderungsvorschlag unter Einschluss gemeinsamer Mindeststandards	Kommission	2011 2012
Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 betreffend die Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen, ggf. gefolgt von einem Änderungsvorschlag unter Einschluss gemeinsamer Mindeststandards	Kommission	2012 2013
Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung, in die gemeinsame Mindeststandards zur Anerkennung von Entscheidungen über die elterliche Verantwortung aufgenommen werden, gefolgt von einem Bericht über deren Anwendung	Kommission	2011 2013
Bericht über das grenzüberschreitende Funktionieren der aktuellen EU-Regelungen auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts	Kommission	2013
Grünbuch über Mindestnormen für Zivilverfahren und erforderliche Folgemaßnahmen	Kommission	2013
Legislativvorschlag zur Verbesserung der Kohärenz der EU-Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts	Kommission	2014

Die Vorteile eines europäischen Rechtsraums für die Bürger

Erleichterung des Zugangs zur Justiz		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Eröffnung des EU-Justizportals und Vorbereitung auf künftige Versionen	Kommission	2010
Grünbuch zum freien Verkehr von Dokumenten: Personenstandsurkunden, Urkunden und erleichterte Legalisation	Kommission	2010
Verordnung zu Verjährungsfristen bei Verkehrsunfällen mit grenzüberschreitendem Bezug	Kommission	2011
Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2003/8/EG über Prozesskostenhilfe	Kommission	2011
Mitteilung/Grünbuch betreffend die Förderung alternativer Methoden der Streitbeilegung in der EU	Kommission	2010
Legislativvorschlag für die gegenseitige Anerkennung von Personenstandsurkunden (z. B. Urkunden mit Angaben zu Geburt, Abstammung, Adoption, Namen)	Kommission	2013
Legislativvorschlag zur Aufhebung der Formalitäten betreffend die Legalisation von Dokumenten im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten	Kommission	2013
Bericht über die Umsetzung der Mediationsrichtlinie	Kommission	2013

Unterstützung der Wirtschaft		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über das europäische Vertragsrecht – mit Blick auf die Verabschiedung des Gemeinsamen Referenzrahmens	Kommission	2010
Vorschlag für eine Verordnung zur effizienteren Vollstreckung von Urteilen in der Europäischen Union: Kontenpfändung	Kommission	2010
Legislativvorschlag für den Gemeinsamen Referenzrahmen	Kommission	2011
Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 über Insolvenzverfahren im Anschluss über den Bericht über ihre Anwendung	Kommission	2012 2013
Vorschlag für eine Verordnung zur effizienteren Vollstreckung von Urteilen in der Europäischen Union: Transparenz von Schuldnervermögen	Kommission	2013
Grünbuch zu Aspekten des internationalen Privatrechts, einschließlich des anwendbaren Rechts, in Bezug auf Unternehmen, Vereinigungen und andere juristische Personen	Kommission	2014
<i>Berichterstattung und Folgemaßnahmen:</i>		
Bericht über die Übertragung von Forderungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)	Kommission	2010

Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 805/2004 über den europäischen Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen	Kommission	2011
Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II)	Kommission	2012
Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen	Kommission	2013
Bericht über die Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens	Kommission	2013
Bericht über das auf Versicherungsverträge anzuwendende Recht gemäß der Verordnung (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)	Kommission	2013
Richtlinie über Verbraucherrechte (KOM(2008) 614 endgültig)	Kommission	in Arbeit
Aktualisierung der Richtlinie 90/314/EWG Pauschalreisen	Kommission	2011
Aktualisierung der Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern	Kommission	2011
Aktualisierung der Richtlinie 98/6/EG über die Angabe des Preises je Maßeinheit	Kommission	2012
Aktualisierung der Richtlinie 2006/114/EG über irreführende und vergleichende Werbung	Kommission	2012

Stärkung der internationalen Präsenz der EU in rechtlichen Fragen		
Zivilrecht		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Übereinkommen zwischen der EU und Norwegen, Irland und der Schweiz über die justizielle Zusammenarbeit betreffend die Zustellung von Schriftstücken und die Beweisaufnahme	Kommission	2012
Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Übereinkommen zwischen der EU und Norwegen, Irland und der Schweiz in Bezug auf ein Zusatzprotokoll über Unterhaltssachen zum Lugano-Übereinkommen von 2007	Kommission	2010
Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen, Aktualisierung des geltenden Mandats, über das UNIDROIT-Weltraumprotokoll	Kommission	2010
Mitteilung über die Festlegung einer Strategie für die internationale Präsenz der EU in zivilrechtlichen Fragen	Kommission	2011
Vorschlag für den Beitritt bestimmter Mitgliedstaaten zu den Haager Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Beweisaufnahme – im Interesse der EU	Kommission	2011

Vorschlag für den Abschluss des Luxemburger „Eisenbahnprotokolls“ durch die EU	Kommission	2011
Vorschlag für den Abschluss des Haager Gerichtsstandsübereinkommens (2005) durch die EU	Kommission	2012
Prüfung der Frage des Beitritts von Drittländern zum Lugano-Übereinkommen	Kommission	2012
Vorschlag für die Unterzeichnung und den Abschluss des Protokolls über Raumfahrttausrüstung durch die EU	Kommission	2013
Vorschlag für den Beitritt der EU zu UNIDROIT	Kommission	2014
Strafrecht		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über internationale Aspekte der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	Kommission	2013

Gewährleistung der Sicherheit Europas

Strategie der inneren Sicherheit		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über die Strategie der inneren Sicherheit	Kommission	2010
Ausbau des Instrumentariums		
Informationsmanagement		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über Informationsbeschaffung und -austausch (Übersicht)	Kommission	2010
Legislativvorschlag für ein gemeinsames EU-Konzept zur Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR) für Strafverfolgungszwecke	Kommission	2010
Mitteilung über die Weitergabe von Fluggastdatensätzen (PNR) an Drittländer	Kommission	2010

Vorschläge für die Aushandlung von Abkommen über den Austausch von Fluggastdatensätzen zwischen der Europäischen Union und einzelnen Drittländern sowie für entsprechende Verhandlungsmandate	Kommission	in Arbeit 2011-2014
Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten, ggf. mit anschließendem Änderungsvorschlag	Kommission	2010 2012
Bericht über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI (auf Initiative Schwedens) betreffend die Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	Kommission	2011
Bericht über die Durchführung des Beschlusses 2008/615/JI (Prümer Beschluss) hinsichtlich der Verknüpfung von DNA-, Fingerabdruck- und Fahrzeugdatenbanken	Kommission	2012
Mitteilung über das europäische Informationsaustauschmodell mit anschließendem Aktionsplan	Kommission	2012 2013
Mitteilung über die Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Nutzern von Prepaid-Kommunikationsdiensten zu Strafverfolgungszwecken	Kommission	2012
Grünbuch zu strafverfolgungsrelevanten Geschäftsdaten und zu Informationsaustauschmodellen	Kommission	2012
Polizeikodex einschließlich der Kodifizierung der wesentlichen Rechtsinstrumente zur Regelung des Informationszugangs	Kommission	2014

Bereitstellung der erforderlichen technischen Instrumente		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Legislativvorschlag für ein europäisches Strafregister für Drittstaatsangehörige	Kommission	2011
Vorschläge für Maßnahmen zum Europäischen Strafregisterinformationssystem (ECRIS)	Kommission	2011
Mitteilung über die Realisierbarkeit eines Europäischen Kriminalaktennachweises	Kommission	2012
Mitteilung über mögliche Maßnahmen zur Förderung des Informationsaustauschs zwischen Mitgliedstaaten unter Einbeziehung von Europol bei Großveranstaltungen in Bezug auf reisende Gewalttäter	Kommission	2012
Mitteilung über die Bewertung von ECRIS sowie dessen künftige Weiterentwicklung, um Informationen zu Überwachungsmaßnahmen auszutauschen	Kommission	2014

Wirksame Strategien
Wirksamere europäische Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung

Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Vorschlag für eine Durchführungsverordnung zu Artikel 10 des VN-Protokolls gegen die illegale Herstellung von Feuerwaffen, ihren Teilen und Bestandteilen sowie ihrer Munition und den illegalen Handel damit betreffend „allgemeine Anforderungen bezüglich der Ein-, Aus- und Durchfuhrgenehmigungen“	Kommission	2010
Mitteilung über den Stand der Zusammenarbeit zwischen der ESVP-Polizeimission und Europol	Kommission	2011
Vorschlag für eine Europol-Verordnung	Kommission	2013
Vorschlag zum Abschluss des VN-Protokolls gegen die illegale Herstellung von Feuerwaffen, ihren Teilen und Bestandteilen sowie ihrer Munition und den illegalen Handel damit im Namen der Europäischen Union	Kommission	2012
Vorschlag für einen Informationsaustausch zwischen Europol, Eurojust und Frontex	Kommission	2011
Bewertung des Rahmenbeschlusses 2009/905/JI über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen, und Überlegungen zu gemeinsamen Qualitätsstandards im kriminaltechnischen Bereich	Kommission	2013
Mitteilung über die Verbesserung der EU-weiten Zusammenarbeit zwischen Zoll und Polizei einschließlich Überlegungen zu verdeckten Ermittlern, polizeilicher Zusammenarbeit und Zollzentren sowie zu einem EU-Konzept für erkenntnisgestützte Polizeiarbeit und zu gemeinsamen Maßnahmen zur Optimierung der operativen polizeilichen Zusammenarbeit: Bewertung des Sachstands und ggf. Empfehlungen	Kommission	2014

Um die Terrorgefahr auf europäischer Ebene analysieren zu können, sollte eine auf gemeinsamen Parametern beruhende Methodik festgelegt werden. Europol, das Gemeinsame Lagezentrum der EU (SitCen) und Eurojust sollten in vollem Umfang in die Terrorismusbekämpfung einbezogen werden.	Kommission Mitgliedstaaten	in Arbeit
--	-------------------------------	-----------

Wirksamere Kriminalprävention		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Bewertung des Europäischen Netzes für Kriminalprävention (EUCPN) und Legislativvorschlag für den Aufbau einer Beobachtungsstelle für Kriminalprävention (OPC)	Kommission	2013
Förderung eines verwaltungsorientierten Konzepts zur Vorbeugung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität	Kommission	in Arbeit
Entwicklung eines Zollrisikomanagementrahmens zur Vorbeugung von Straftaten der organisierten Kriminalität im Zusammenhang mit Waren	Kommission	in Arbeit

Statistik		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Neuer Aktionsplan für die Entwicklung von Kriminalitäts- und Strafverfolgungsstatistiken (2011-2015)	Kommission	2011
Vorschlag für eine europäische Klassifizierung von Straftatbeständen	Kommission	2013
EU-Erhebung zum Thema Sicherheit	Kommission	2013
Zusammenstellung vergleichbarer Statistiken zu ausgewählten Deliktarten: Geldwäsche, Cyberkriminalität, Korruption und Menschenhandel	Kommission	in Arbeit

Schutz vor schwerer und organisierter Kriminalität		
Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Bericht über die Durchführung des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI zur Bekämpfung der	Kommission	2012

organisierten Kriminalität		
Menschenhandel		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Einsatz eines EU-Koordinators innerhalb der Kommission für die Bekämpfung des Menschenhandels (ATC)	Kommission	2010
Vorschlag für eine Richtlinie über die Bekämpfung des Menschenhandels	Kommission	2010 (angenommen)
Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2004/81/EG des Rates über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren, einschließlich eventueller Folgemaßnahmen	Kommission	2010
Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans gegen Menschenhandel (2005-2009)	Kommission	2010
Bericht über die Umsetzung des im November 2009 angenommenen maßnahmenorientierten Papiers über Menschenhandel	Kommission	2011
Mitteilung über eine neue integrierte Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels und über Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer (einschließlich der Ausarbeitung von Entschädigungsregelungen, sicheren Rückkehr und Hilfe bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft des Herkunftslands im Fall der freiwilligen Rückkehr) auf der Grundlage von Vereinbarungen über eine Ad-hoc-Zusammenarbeit mit bestimmten Drittländern	Kommission	2011

Leitlinien für konsularische Dienststellen und Beamte des Grenzschutzes zur Identifizierung von Opfern des Menschenhandels	Kommission	2012
Sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie	Kommission	2010 (angenommen)
Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften, insbesondere mit dem Finanzsektor, damit Geldtransfers in Bezug auf Websites mit Inhalten, die Kindesmissbrauch darstellen, unterbunden werden	Kommission	in Arbeit
Förderung relevanter Maßnahmen im Rahmen des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“, 2009-2013	Kommission	in Arbeit
Computerkriminalität/Netz- und Informationssicherheit		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Maßnahmen zur Stärkung der Netz- und Informationssicherheitspolitik auf hohem Niveau einschließlich Legislativinitiativen wie für die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) sowie Maßnahmen zur schnelleren Reaktion auf Cyber-Angriffe	Rat Kommission Europäisches	2010-2012

	Parlament	
Legislativvorschlag betreffend Angriffe auf Informationssysteme	Kommission	2010
Aufbau einer europäischen Plattform zur Meldung von Straftaten	Europol Kommission	2010-2012
Ausarbeitung eines EU-Musterabkommens für öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung der Computerkriminalität und für Computersicherheit	Kommission	2011
Mitteilung über Arzneimittelfälschungen	Kommission	2013
Maßnahmen einschließlich Legislativvorschläge zu europäischen und internationalen Regelungen zur gerichtlichen Zuständigkeit in Bezug auf den Cyberspace	Kommission	2013
Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats von 2001 über Computerkriminalität	Mitgliedstaaten	
Wirtschaftskriminalität und Korruption		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Bericht über die Umsetzung des Beschlusses 2007/845/JI des Rates über Vermögensabschöpfungsstellen	Kommission	2010
Mitteilung über eine umfassende Politik zur Bekämpfung der Korruption in Mitgliedstaaten	Kommission	2011

einschließlich eines Bewertungsverfahrens und Modalitäten für die Zusammenarbeit mit der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates		
Vorschlag für einen neuen Rechtsrahmen für Vermögensabschöpfungsstellen	Kommission	2011
Legislativvorschlag für strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (als Ersatz für den Vorschlag KOM (2006) 168 endg.)	Kommission	2011
Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen	Kommission	2010
Verlängerung und Durchführung des Aktionsplans für den Ausbau der Zusammenarbeit der Zollbehörden Chinas und der EU beim Schutz der Rechte des geistigen Eigentums	Kommission Mitgliedstaaten	in Arbeit
Mitteilung über eine europäische Strategie zu Finanzermittlung und finanzkriminalistischer Analyse	Kommission	2012
Legislativvorschlag zur Aktualisierung des strafrechtlichen Rahmens der EU zur Bekämpfung der Geldwäsche	Kommission	2012
Annahme eines Kommissionsberichts betreffend die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1889/2005 über die Überwachung von Barmitteln, die in die Gemeinschaft oder aus der Gemeinschaft verbracht werden, einschließlich Folgemaßnahmen	Kommission	2010 - 2011
Prüfung des Bedarfs an weiteren Maßnahmen im Sinne einer besseren Transparenz juristischer Personen und Trusts zur Identifizierung des wirtschaftlichen Eigentümers mit anschließenden	Kommission	2012

Legislativvorschlägen		
Leitlinien für neue Instrumente zur Einziehung von Erträgen aus Straftaten, z. B. ein nationales Bankkontoverzeichnis	Kommission	2012
Europäische Strategie zu Identitätsmanagement einschließlich Legislativvorschläge zur Strafbarkeit von Identitätsdiebstahl, zur elektronischen Identität (eID) und zu sicheren Authentifizierungssystemen	Kommission	2012
Schaffung eines tragfähigen institutionellen Rahmens für das FIU.NET (EU Financial Intelligence Units Network) und ggf. Aufbau einer Datenbank verdächtiger Transaktionen nach Abschluss einer Durchführbarkeitsstudie	Kommission	2013
Erste Bewertung der Antikorruptionsmaßnahmen der Mitgliedstaaten	Kommission	2013
Bericht über die Konvergenz von Sanktionen im Bereich Finanzdienstleistungen	Kommission	2010
Mitteilung über Strafverfolgungsaspekte bei der Fälschungsbekämpfung	Kommission	2013
Drogen		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Bewertung und anschließende Legislativvorschläge zur Änderung des Beschlusses 2005/387/JI des Rates betreffend den Informationsaustausch, die Risikobewertung und die Kontrolle bei neuen	Kommission	2010

psychoaktiven Substanzen		
Abschluss der Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und Russland zu Kontrollen des Handels mit Drogenausgangsstoffen	Kommission	2010
Bewertung der aktuellen EU-Drogenstrategie, des EU-Drogenaktionsplans und der Kohärenz zwischen interner und externer EU-Drogenpolitik sowie Verlängerung der Laufzeit der Strategie und des Aktionsplans	Kommission	2010-2012
Legislativvorschläge für die Änderung der EU-Rechtsvorschriften über Drogenausgangsstoffe zur Verstärkung der Kontrollen in bestimmten Bereichen	Kommission	2011
Informationskampagnen und öffentliche Veranstaltungen zur Europäischen Aktion „Drogen“ mit anschließender Bewertung der Ergebnisse des Jahres 2010	Kommission	in Arbeit
Mitteilung zur dauerhaften Einrichtung einer operativen EU-Koordinationsstelle für Maßnahmen zur Drogenprävention außerhalb der EU, insbesondere in Westafrika	Kommission	2012
Finanzielle und politische Unterstützung von internationalen Organisationen, Sicherheitsplattformen und ähnlichen Initiativen zur Bekämpfung des Handels mit Drogen und Drogenausgangsstoffen	Kommission	in Arbeit
Umsetzung des maßnahmenorientierten Papiers über Drogenhandel in Zusammenarbeit mit Afghanistan sowie Fortführung des bilateralen und interregionalen Dialogs zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik	Kommission	in Arbeit

Terrorismus		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über die Bestandsaufnahme der Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung	Kommission	2010
Empfehlung zur Erteilung eines Verhandlungsmandats für ein langfristiges Abkommen zwischen der EU und den USA betreffend die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsnachrichten und deren Übermittlung zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung	Kommission	2010 (angenommen)
Umsetzung des EU-Aktionsplans zu Gewaltbereitschaft und Radikalisierung (nichtlegislative Maßnahmen, um die Verbreitung von radikalen, zur Gewalt aufrufenden Inhalten im Internet zu verhindern; Website zu Gewaltbereitschaft und Radikalisierung; Entwicklung von Instrumenten für das Benchmarking zur Messung der Wirkung von Antiradikalisierungsinitiativen)	Kommission	2010
Weiterentwicklung externer Aspekte des Phänomens der Radikalisierung	Kommission	2010
Legislativvorschlag betreffend Ausgangsmaterialien für Sprengstoffe	Kommission	2010
Öffentlich-privater Dialog über illegale Onlineaktivitäten im Zusammenhang mit Terrorismus und anderen Straftaten	Kommission	2010
Mitteilung über freiwillige Leitlinien für gemeinnützige Organisationen in der EU zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	Kommission	2011
Mitteilung über auf EU-Ebene abgestimmte Bemühungen, um Strömungen und Ideologien, die	Kommission	2011

Extremismus und Gewalt ablehnen, zu ermöglichen, zu unterstützen und der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln		
Mitteilung über eine Strategie für eine ganzheitliche Betrachtung des Phänomens der Radikalisierung auf Grundlage einer Bewertung der Wirkung einzelstaatlicher Maßnahmen, um die Radikalisierung gefährdeter Gruppen zu verhindern	Kommission	2011
Bericht über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/919/JI zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung	Kommission	2011
Bericht über nichtlegislative Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs des Internets für terroristische Zwecke	Kommission	2011
Mitteilung über die Realisierbarkeit eines europäischen Fahndungsprogramms zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	Kommission	2011
Bewertung des EU-Aktionsplans für die Sicherheit von Explosiv- und Sprengstoffen einschließlich Folgemaßnahmen	Kommission	2011 2012
Legislativvorschlag für eine Sicherheitsüberprüfung von Personen mit Zugang zu chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Waffen (CBRN) oder Sprengstoffen	Kommission	2011-2012
Bewertung von alternativen und neuen Zahlungsmodalitäten hinsichtlich der Möglichkeit des Missbrauchs zum Zwecke der Terrorismusfinanzierung	Kommission	2012
Einführung von Abkommen zur Zollsicherheit auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung zwischen der EU und bestimmten Partnerländern zum Schutz der internationalen Lieferkette und im Interesse eines grenzüberschreitenden Nutzens für die zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten der	Kommission	2010/11

betreffenden Länder und der EU		
Mitteilung über Maßnahmen zur Verbesserung der Rückmeldung an Finanzinstitute bezüglich der Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	Kommission	2014
Entwicklung gemeinsamer Risikokriterien und eines gemeinsamen Standards für Warensicherheit	Kommission	in Arbeit
Verbesserung der Bekämpfung der illegalen Nutzung von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck	Kommission	in Arbeit

Umfassender und effizienter EU-Katastrophenschutz: Stärkung der EU-Kapazitäten zur Prävention, Vorsorge und Abwehr von Katastrophen aller Art

Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Bericht über die Bewertung der EU-Katastrophenschutzinstrumente	Kommission	2010
Mitteilung über die Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der EU	Kommission	2010
Stärkung der Analyse- und Koordinierungskapazitäten des Beobachtungs- und Informationszentrums (MIC)	Kommission	Ab 2010
Vorschlag über die Anwendung der Solidaritätsklausel	Kommission	2010-2011
Umsetzung des EU-Aktionsplans von 2009 gegen chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen (CBRN) (Genehmigungssystem für bestimmte hochriskante Chemikalien, europäischer Ansatz für die CBRN-Detektion einschließlich Normung und Zertifizierung von Detektoren bzw. Geräten, Mindeststandards für die CBRN-Detektion)	Kommission	2010-2014
Bewertung der Pilotphase des Warn- und Informationsnetzes für kritische Infrastrukturen (CIWIN) zur Vorbereitung der Entscheidung über den weiteren Verlauf	Kommission	2010
Legislativvorschläge zur Verlängerung des Katastrophenschutzverfahrens und des Finanzierungsinstrumentes für den Katastrophenschutz	Kommission	2011

Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 2008/114/EG über die Ermittlung europäischer kritischer Infrastrukturen und anschließende Überarbeitung der Richtlinie einschließlich einer möglichen Ausweitung ihres Anwendungsbereichs	Kommission	2011 2012
Umfassender Fortschrittsbericht über die Umsetzung des CBRN-Aktionsplans	Kommission	2011
Übersicht über die natürlichen und vom Menschen verursachten Risiken, denen die EU künftig ausgesetzt sein könnte	Kommission	2012
Programm zur Begutachtung der Praktiken und Konzepte der Mitgliedstaaten im Bereich CBRN-Sicherheit	Kommission	2012
Mitteilung über die Zusammenarbeit mit Dritten in Bezug auf das Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen, Sprengstoffe und CBRN	Kommission	2012
Programm zur Stärkung der CBRN-Abwehrfähigkeit im Bereich Katastrophenschutz	Kommission	2012

Zugang zu Europa in einer globalisierten Welt		
Integriertes Grenzmanagement für die Außengrenzen		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Vorschlag zur Änderung der Frontex-Verordnung (EG) Nr. 2007/004	Kommission	2010 (angenommen)
Zweiter Fortschrittsbericht über das Europäische Grenzüberwachungssystem (Eurosur)	Kommission	2010
Frontex: Einrichtung regionaler und/oder spezialisierter Büros	FRONTEX	2010
Ausarbeitung einer Zollstrategie zum Schutz der Bürger vor Gefahren durch den internationalen Handel mit gefährlichen Gütern	Kommission	2010
Legislativvorschlag zur Änderung des Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006)	Kommission	2010-2011
Legislativvorschlag zur Einrichtung des Einreise-/Ausreisensystems	Kommission	2011
Legislativvorschlag zur Einrichtung des Programms für registrierte Reisende	Kommission	2011
Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO): Entwicklung von Methoden, mit denen in gemischten Migrationsströmen Migranten, die internationalen Schutz benötigen, besser erkannt	EASO	2011

werden können, und wenn möglich Zusammenarbeit mit Frontex		
Legislativvorschläge zur Entwicklung von Eurosur	Kommission	2011
Annahme von Leitlinien für Zollkontrollen im Bereich Produktsicherheit	Kommission Mitgliedstaaten	2011
Entwicklung und Inbetriebnahme des Schengener Informationssystems II (SIS II)	Kommission Mitgliedstaaten	Dezember 2011 oder 2013, je nach technischer Lösung
Aufnahme der Arbeit der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht		2012
Mitteilung über eine bessere Zusammenarbeit, Koordinierung, Integration und Rationalisierung der verschiedenen Arten von Kontrollen an den Außengrenzen, um die Einreise zu erleichtern und gleichzeitig die Sicherheit zu verbessern	Kommission	2012
Mitteilung über die langfristige Entwicklung von Frontex einschließlich der Prüfung, ob eine europäische Grenzschutztruppe geschaffen werden könnte	Kommission	2014
Verwendung des gemeinschaftlichen Risikomanagementsystems zum Informationsaustausch über Risiken zwischen Zollstellen an der Grenze und Weiterentwicklung der gemeinsamen Risikobewertung sowie der Kriterien und Normen für das Management und die Sicherheit an den Außengrenzen	Kommission	in Arbeit

Stärkere Zusammenarbeit zwischen Häfen, Flughäfen und Landgrenzstellen in allen für die Verwaltung der Außengrenzen relevanten Angelegenheiten	Kommission	in Arbeit
Visumpolitik		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Abschluss des Visa-Dialogs mit Albanien und Bosnien und Herzegowina sowie Einleitung eines Visadialogs mit Kosovo* <i>*Im Rahmen der Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrats</i>	Kommission	2010
Handbuch für die Anwendung des Visakodex und regelmäßige Aktualisierungen	Kommission	2010 in Arbeit
Aushandlung, Unterzeichnung und Abschluss von Visaerleichterungsabkommen mit Drittländern	Kommission	in Arbeit
Entwicklung und Inbetriebnahme des Visa-Informationssystems (VIS) und schrittweise Einbeziehung der Mitgliedstaaten	Kommission Mitgliedstaaten	Dezember 2010
Mitteilung über Programme für die regionale konsularische Zusammenarbeit und über die Einrichtung gemeinsamer Visumstellen	Kommission	2011

Mitteilung über die mögliche Einführung eines EU-ESTA (System für die elektronische Erteilung von Reisebewilligungen)	Kommission	2011
Mitteilung über die Bewertung der Umsetzung des Visakodex (Verordnung (EG) Nr. 810/2009)	Kommission	2013
Mitteilung über ein neues Konzept der europäischen Visumpolitik und Prüfung der Möglichkeit eines gemeinsamen europäischen Mechanismus für die Ausstellung von Kurzzeitvisa	Kommission	2014
Bewertung des VIS	Kommission	2014
Weiterverfolgung der gegenseitigen Freistellung von der Visumpflicht (Aushandlung und Abschluss von Abkommen über Visabefreiung, regelmäßige Berichte über die gegenseitige Freistellung von der Visumpflicht)	Kommission	in Arbeit
Regelmäßige Überprüfung der Liste von Drittländern, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen der Visumpflicht unterliegen und Vorschlag, die Verordnung (EG) Nr. 539/2001 regelmäßig zu überarbeiten	Kommission	in Arbeit
Regelmäßige Sitzungen der Gemeinsamen Ausschüsse zur Überwachung der Umsetzung von Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit Drittländern	Kommission	in Arbeit

Solidarität und Verantwortung als Richtschnur unseres Handelns

Ein Europa der Verantwortung, der Solidarität und der Partnerschaft in Migrations- und Asylfragen		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über eine stärkere Kohärenz zwischen der Einwanderungspolitik und anderen einschlägigen EU-Politiken, insbesondere im Hinblick auf eine engere Verbindung zwischen der Entwicklung der Migrationspolitik und der Strategie Europa 2020	Kommission	2011
Jährliche Berichte zu Einwanderung und Asyl (Umsetzung des Europäischen Pakts und ab 2011 des Stockholmer Programms)	Kommission	in Arbeit
Statistiken		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
<p>Maßnahmen zur</p> <ul style="list-style-type: none"> - Annahme eines Rahmenkonzepts und eines Arbeitsprogramms für die Ausarbeitung von Migrationsstatistiken und für die Einbeziehung von Migrationsthemen in Sozial- und Wirtschaftsstatistiken durch den Ausschuss für das Europäische Statistische System - Entwicklung einer detaillierteren Aufschlüsselung von Statistiken über Asyl, über für Drittstaatsangehörige ausgestellte Aufenthaltstitel und über die Anwendung von Rechtsvorschriften im Bereich Migration, möglicherweise einschließlich eines Vorschlags für eine Verordnung der 	<p>Kommission</p> <p>Mitgliedstaaten</p>	2010-2011

Kommission zur Durchführung von Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 862/2007		
Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer	Kommission	2012

Eine dynamische und umfassende Migrationspolitik		
Konsolidierung, Ausbau und Umsetzung des Gesamtansatzes der EU zur Migrationsfrage		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über die Bewertung und die künftige Entwicklung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage	Kommission	2011
Fortführung von EU-Missionen im Rahmen des politischen Dialogs über Migration, um mit von dem Gesamtansatz betroffenen Drittstaaten in einen Dialog einzutreten	Kommission Mitgliedstaaten	in Arbeit
Erstellung von Migrationsprofilen (einschließlich Kapazitätsaufbau und Verwendung der Migrationsprofile als Instrument zur Festlegung politischer Strategien, Planung der Zusammenarbeit, Bewertung) mit wichtigen Ländern	Kommission	in Arbeit

Weiterentwicklung von Mobilitätspartnerschaften	Kommission	in Arbeit
Errichtung weiterer Kooperationsplattformen, die die Koordinierung zwischen den Beteiligten erleichtern	Kommission	in Arbeit
Verstärkung des Dialogs über Migrationsfragen innerhalb der Östlichen Partnerschaft	Kommission	in Arbeit
Weiterverfolgung und Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika in den Bereichen Migration, Mobilität und Beschäftigung und Vorbereitung eines Treffens hoher Beamter der EU und Afrikas in der zweiten Jahreshälfte 2010	Kommission	in Arbeit
Weiterverfolgung des Rabat/Paris-Prozesses durch die Umsetzung des Pariser Kooperationsprogramms und die Vorbereitung der Konferenz in Dakar 2011	Kommission	2010-2011
Entwicklung des Dialogs über Migration zwischen der EU und Lateinamerika/Karibik	Kommission	in Arbeit
Verstärkte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene mit Indien, Afghanistan und Pakistan in Migrationsfragen sowie mit Ländern in Zentralasien	Kommission	in Arbeit
Migration und Entwicklung		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Migration einschließlich seiner potenziellen Auswirkungen auf die Einwanderung in die Europäische Union	Kommission	2011

Mitteilung über die Maximierung der positiven und Minimierung der negativen Auswirkungen der Einwanderung auf die Entwicklung (zirkuläre Migration, Geldtransfers in die Herkunftsländer („Heimatüberweisungen“) einschließlich Prüfung der möglichen Einrichtung eines gemeinsamen EU-Portals zu Heimatüberweisungen, Entwicklung von Diaspora-Netzwerken und Förderung der Beteiligung von Migrantengruppen an Entwicklungsprojekten in den Herkunftsländern, Rechte von Migranten, Abwanderung von Hochqualifizierten („Brain drain“))	Kommission	2010
Unterstützung der Einrichtung eines Netzes zur Beobachtung von Migration in AKP-Ländern	Kommission	in Arbeit
Unterstützung von Drittstaaten bei der Festlegung und Umsetzung ihrer Migrationspolitik im Rahmen unserer Kooperation insbesondere in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, u. a. durch den Ausbau institutioneller Kapazitäten für eine bessere Steuerung der Migration sowie durch die mögliche Eröffnung neuer Migrationszentren in wichtigen afrikanischen Ländern	Kommission	
Eine konzertierte Politik im Einklang mit nationalen Arbeitsmarkterfordernissen		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Vorschlag für eine Richtlinie über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer innerbetrieblichen Versetzung	Kommission	2010
Vorschlag für eine Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Saisonarbeitnehmern aus Drittstaaten	Kommission	2010

Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2004/114/EG über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst, gefolgt von einem Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie	Kommission	2010 2011
Bericht über die Richtlinie 2003/109/EG betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen und mögliche Folgemaßnahmen	Kommission	2011
Bericht über die Richtlinie 2005/71/EG über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und mögliche Folgemaßnahmen	Kommission	2011
Mitteilung über die Bewältigung des Arbeitskräftemangels durch Migration in EU-Mitgliedstaaten	Kommission	2012
Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2009/50/EG über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung	Kommission	2014
Weiterentwicklung des europäischen Migrationsnetzes, damit politische Entscheidungen fundierter getroffen werden und jüngsten Entwicklungen Rechnung getragen wird	Kommission	in Arbeit
Eine proaktive Politik für Migranten und ihre Rechte		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Grünbuch zum Recht auf Familienzusammenführung	Kommission	2010

Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie 2003/86/EG betreffend das Recht auf Familienzusammenführung	Kommission	2012
Einwanderungskodex – Konsolidierung der Rechtsvorschriften im Bereich der legalen Einwanderung unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsvorschriften und der erforderlichen Vereinfachung sowie ggf. Ausweitung der geltenden Vorschriften auf Gruppen von Arbeitern, die derzeit nicht unter die EU-Vorschriften fallen	Kommission	2013
Integration		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Veröffentlichung der dritten Ausgabe des „Integrationshandbuchs für politische Entscheidungsträger und Praktiker“	Kommission	2010
Bericht für die Ministerkonferenz über Integration 2010	Kommission	2010
Mitteilung über eine EU-Integrationsagenda einschließlich der Entwicklung eines Koordinierungsmechanismus	Kommission	2011
Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan

Mitteilung über die Bewertung von Rückübernahmeabkommen und über die Entwicklung einer kohärenten Rückübernahmestrategie, die den Gesamtbeziehungen mit dem betreffenden Land Rechnung trägt, einschließlich einer gemeinsamen Strategie gegenüber Drittländern, die bei der Rückübernahme ihrer eigenen Staatsangehörigen nicht kooperieren	Kommission	2010
Mitteilung über die Bewertung der gemeinsamen Rückkehrpolitik und ihrer zukünftigen Entwicklung (einschließlich der Maßnahmen zur Unterstützung der Rückkehr und Wiedereingliederung von rückübernommenen Personen, Aufbau von Kapazitäten in Drittländern, Verbreitung von Informationen über Rückkehr- und Wiedereingliederungsmöglichkeiten in Zielländern, Netz von Verbindungsbeamten in Herkunfts- und Transitländern)	Kommission	2011
Legislativvorschlag zur Änderung der Richtlinie 2002/90/EG zur Definition der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (und mögliche Zusammenfassung mit dem Rahmenbeschluss 2002/946/JI betreffend die Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt und Ausweitung der bestehenden Vorschriften)	Kommission	2012
Bericht über die Richtlinie 2009/52/EG über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen	Kommission	2014
Bericht über die Umsetzung der Rückführungsrichtlinie 2008/115/EG	Kommission	2014
Weitere Bemühungen um Aushandlung und Abschluss von Rückübernahmeabkommen mit wichtigen Drittländern und Prüfung möglicher Abschlüsse von Rückübernahmeabkommen mit weiteren Drittländern	Kommission	in Arbeit
Unbegleitete Minderjährige		

Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über einen Aktionsplan für unbegleitete Minderjährige im Migrationsprozess	Kommission	2010

Asyl: ein gemeinsamer Raum für Schutz und Solidarität		
Ein gemeinsamer Raum des Schutzes		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Weiterentwicklung einer gemeinsamen Schulungsplattform für nationale Asylbeamte, die insbesondere auf dem europäischen Schulungsprogramm im Asylbereich aufbaut	EASO	2011
Mitteilung über die Entwicklung von Eurodac, insbesondere über die Möglichkeit, es zu einem unterstützenden Instrument für das gesamte gemeinsame europäische Asylsystem zu entwickeln	Kommission	2012
Mitteilung über die Zweckmäßigkeit, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten sowie über die rechtlichen und praktischen Auswirkungen einer gemeinsamen Bearbeitung von Asylanträgen in der Union	Kommission	2014
Kommissionsbericht über die rechtlichen und praktischen Folgen des Beitritts der EU zur Genfer Konvention und dem dazugehörigen Protokoll von 1967	Kommission	2013
Erster Bewertungsbericht über die Auswirkungen des EASO auf die praktische Zusammenarbeit und das gemeinsame europäische Asylsystem	Kommission	2013

Mitteilung der Kommission über einen Rahmen für die Übertragung des Schutzes von Personen, die internationalen Schutz genießen, und die gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen	Kommission	2014
Entwicklung einer gemeinsamen Methode im Hinblick auf die Verringerung von Diskrepanzen bei Asylentscheidungen	EASO	

Teilung der Verantwortung sowie Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Schaffung eines Mechanismus zur Überprüfung der nationalen Asylsysteme der Mitgliedstaaten und Feststellung von Kapazitätsproblemen, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, sich beim Aufbau von Kapazitäten gegenseitig zu unterstützen	Kommission	2011
Mitteilung über stärkere Solidarität innerhalb der EU	Kommission	2011
Bewertung und Entwicklung von Verfahren, mit denen die Abordnung von Beamten erleichtert wird, um diejenigen Mitgliedstaaten zu unterstützen, die sich einem besonderen Zuwanderungsdruck durch Asylsuchende gegenübersehen	EASO	2011

Die externe Dimension von Asyl

Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Einrichtung einer strategischen Partnerschaft mit dem UNHCR (Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen)	Kommission	2011
Halbzeitbewertung des EU-Neuansiedlungsprogramms	Kommission	2012
Mitteilung über neue Konzepte für den Zugang zu Asylverfahren mit Blick auf die wichtigsten Transitländer	Kommission	2013
Vorschlag zur Verbesserung des EU-Neuansiedlungsprogramms	Kommission	2014
Jährliche Berichte über die Neuansiedlungsanstrengungen der EU	Kommission	in Arbeit
Einleitung und Entwicklung neuer regionaler Schutzprogramme, u. a. am Horn von Afrika	Kommission	in Arbeit

Beitrag zu einem globalen Europa

Europa in einer globalisierten Welt – die externe Dimension von Freiheit, Sicherheit und Recht		
<p>Die externe Dimension der EU-Politik im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht geht zunehmend Hand in Hand mit der EU-Innenpolitik und ist für die erfolgreiche Umsetzung des Stockholmer Programms von grundlegender Bedeutung. Die Union muss weiterhin für eine wirksame und kohärente Umsetzung der externen Dimension der Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht sorgen sowie für regelmäßige Bewertungen in diesem Bereich.</p>		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Regelmäßige Berichterstattung über den Stand der Umsetzung der externen Dimension des Stockholmer Programms	Kommission	2011-2014
Eine stärkere externe Dimension		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Förderung des Fachwissens im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht in vorrangigen EU-Delegationen durch angemessene Informationen und Schulungen über die Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht, einschließlich Entsendung von Fachleuten in EU-Delegationen in wichtigen Drittländern	Kommission	2010-2014
Die Verbindungsbeamten der EU-Mitgliedstaaten sollten dazu angehalten werden, in verstärktem	Mitgliedstaaten	2010-2014

Maße zusammenzuarbeiten sowie Informationen und bewährte Verfahren auszutauschen.	Rat Kommission	
Berichterstattung über die Sicherstellung der Komplementarität zwischen den Maßnahmen der EU und denen der Mitgliedstaaten	Kommission	2011
Zur Zusammenarbeit zwischen der ESVP-Polizeimission und Europol siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i>		
Menschenrechte		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über einen Menschenrechts-Aktionsplan für die EU zur Förderung ihrer Werte in der externen Dimension des Bereichs Justiz und Inneres (JI)	Kommission	2011

Weiterführung der thematischen Prioritäten mit neuen Instrumenten		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Zu den Maßnahmen im Hinblick auf mögliche Kooperationsabkommen mit Drittländern zur Bekämpfung des Menschenhandels und Menschenschmuggels und zu den Maßnahmen zur		

Verhinderung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus sowie zum Schutz kritischer Infrastrukturen siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i>		
Abkommen mit Drittländern		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Zu den Maßnahmen zur Schaffung eines kohärenten EU-weiten Rechtsrahmens für die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer für die Zwecke der Strafverfolgung siehe den Abschnitt <i>Schutz der Grundrechte</i> ; zu den Maßnahmen für Abkommen mit Drittländern – insbesondere im Hinblick auf die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen – siehe den Abschnitt <i>Stärkung des Vertrauens in den europäischen Rechtsraum</i>		
Geografische Schwerpunkte und internationale Organisationen		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Westbalkan		
Fortsetzung der Justizreform und der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität im Rahmen des Erweiterungsprozesses, insbesondere durch eine weitere Intensivierung des Kontrollmechanismus und durch zielgerichtete Unterstützung	Kommission	2010

Zu den Maßnahmen über den Abschluss des Visadialogs mit den Westbalkanstaaten siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i>		
Türkei		
Aktionsplan für die Zusammenarbeit mit der Türkei	Kommission	2010
Zu den Verhandlungen der EU über ein Rückübernahmeabkommen mit der Türkei siehe den Abschnitt <i>Solidarität und Verantwortung als Richtschnur unseres Handelns</i>		
Europäische Nachbarschaftspolitik – Östliche Partnerschaft		
Aktionsplan für die Länder der Östlichen Partnerschaft in Bezug auf JI-Aspekte einschließlich mobilitätsbezogener Fragen wie Visa mit schrittweisen Maßnahmen zur Befreiung von der Visumpflicht als langfristiges Ziel für einzelne Partnerländer auf Einzelfallbasis, Migration, Grenzmanagement sowie sicherheitsbezogener Aspekte im Dialog mit den Partnerländern	Kommission	2010
Zu den Visaerleichterungsabkommen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i>		
Maßnahmen zur Förderung der Stabilität und Sicherheit in der Schwarzmeerregion auf Grundlage der Initiative Schwarzmeersynergie, einer Initiative der regionalen Zusammenarbeit. Diese Aktivitäten sind als Ergänzung zu den Aktivitäten im Rahmen der Östlichen Partnerschaft zu verstehen.		
Europäische Nachbarschaftspolitik – Union für den Mittelmeerraum		

<p>Mit dem Plan der Union für den Mittelmeerraum sollen die im Rahmen des Barcelona-Prozesses und der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft aufgenommenen Arbeiten intensiviert werden, insbesondere hinsichtlich der Migration (auf dem Seeweg), der Grenzüberwachung, der Prävention und Bekämpfung von Drogenhandel, des Katastrophenschutzes, der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit.</p>	Kommission	2010
<p>Zu den Maßnahmen über Verhandlungen der EU über Rückübernahmeabkommen mit Marokko, Algerien und Ägypten siehe den Abschnitt <i>Solidarität und Verantwortung als Richtschnur unseres Handelns</i></p>		
<p>USA</p>		
<p>Follow-up zur Weiterverfolgung der gemeinsamen Erklärung der EU und der USA vom 28. Oktober 2009 über die Förderung der transatlantischen Zusammenarbeit im Bereich Recht, Freiheit und Sicherheit</p>	Kommission	in Arbeit
<p>Zu den Maßnahmen für ein Abkommen zwischen der EU und den USA zum Schutz personenbezogener Daten für die Zwecke der Strafverfolgung siehe den Abschnitt <i>Schutz der Grundrechte</i>; zur Umsetzung des Rechtshilfe- und des Auslieferungsabkommens zwischen der EU und den USA siehe den Abschnitt <i>Stärkung des Vertrauens in den europäischen Rechtsraum</i>; zum langfristigen Abkommen über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsnachrichten und deren Übermittlung im Rahmen des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus zwischen der EU und den USA, zur Weiterentwicklung der externen Aspekte des Phänomens der Radikalisierung, insbesondere im Hinblick auf die USA, sowie zur Stärkung der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA im Bereich der Bekämpfung der Cyberkriminalität siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i></p>		
<p>Russland</p>		

Umsetzung des Fahrplans für den Aufbau eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zwischen der EU und Russland	Kommission	in Arbeit
Zu den Maßnahmen im Hinblick auf die Aushandlung eines neuen Visaerleichterungsabkommens zwischen der EU und Russland und zur Überwachung der Umsetzung der Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Russland sowie zu den Verhandlungen über ein Abkommen betreffend Drogenausgangsstoffe siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i>		
EU-Afrika		
Zu den Maßnahmen gegen Menschenhandel in Westafrika siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i> ; zur Weiterverfolgung des Rabat/Paris-Prozesses und zur Umsetzung der Partnerschaft zu Migration, Mobilität und Beschäftigung zwischen der EU und Afrika, zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2009 über die Migration im Mittelmeerraum, zu den Rückübernahmeverhandlungen mit Marokko, Algerien und Ägypten, zur Weiterverfolgung der Diskussion von Migrationsfragen, einschließlich Rückübernahmeklausel und Grenzmanagement, im Rahmenabkommen mit Libyen, zur Wiederbelebung des Tripolis-Prozesses sowie zur Einrichtung eines regionalen Schutzprogramms am Horn von Afrika siehe den Abschnitt <i>Solidarität und Verantwortung als Richtschnur unseres Handelns</i>		
China und Indien		
Förderung des Dialogs mit China und Indien über Terrorismusbekämpfung, Rechte des geistigen Eigentums, Migration – einschließlich Bekämpfung der illegalen Einwanderung und justizieller Zusammenarbeit – bei gleichzeitiger Fortsetzung des Menschenrechtsdialogs mit China (zum Aktionsplan EU-China über den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums durch die Zollbehörden siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i>)		

Zu den Maßnahmen über den Dialog und die Zusammenarbeit im Bereich der Migration mit Indien und über das Rückübernahmeabkommen mit China siehe den Abschnitt <i>Solidarität und Verantwortung als Richtschnur unseres Handelns</i>		
Brasilien		
Umsetzung und Weiterentwicklung der Strategischen Partnerschaft und des gemeinsamen Aktionsplans mit Brasilien		
EU-Lateinamerika/Karibik und Länder Zentralasiens		
Zum Dialog über die Einwanderung mit den Schlüsselländern in Asien und zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens, die für EU-Interessen von Bedeutung sind, sowie zur Entwicklung des Dialogs über Migration zwischen der EU und Lateinamerika/Karibik siehe die Ausführungen zu <i>einer dynamischen und umfassenden Migrationspolitik</i> ; zur Zusammenarbeit im Bereich Drogen zwischen der EU und Lateinamerika/Karibik siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i>		
Afghanistan, Pakistan, Irak und Bangladesch		
Zur verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Drogen und Terrorismus siehe den Abschnitt <i>Gewährleistung der Sicherheit Europas</i> ; zur Zusammenarbeit bei Migrationsfragen, zu Rückübernahmeabkommen mit diesen Ländern und zur Flüchtlingssituation siehe den Abschnitt <i>Solidarität und Verantwortung als Richtschnur unseres Handelns</i>		
Internationale Organisationen und Förderung europäischer und internationaler Standards		

Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Zusammenarbeit mit dem Europarat auf Grundlage der 2006 unterzeichneten Vereinbarung und weitere Unterstützung seiner wichtigen Übereinkommen wie des Übereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels, des Datenschutzübereinkommens und der Übereinkommen zum Schutz von Kindern, über Cyberkriminalität und Korruption	Kommission Rat	in Arbeit
Weitere Unterstützung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht und Ermutigung ihrer Partner zur Ratifikation der Übereinkommen, bei denen die EU Vertragspartei ist oder werden wird oder bei denen alle Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind	Kommission	in Arbeit

Von politischen Prioritäten zu Maßnahmen und Ergebnissen

Verstärkte Kohärenz		
Maßnahme	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung über die Verfahren für die Kontrolle der Tätigkeit von Europol durch das Europäische Parlament unter Beteiligung der nationalen Parlamente	Kommission	2011
Mitteilung über die Modalitäten für die Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente an der Bewertung der Tätigkeit von Eurojust	Kommission	2011
Bewertung		
Maßnahme	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung zur Bewertung der JI-Maßnahmen	Kommission	2010
Vorschlag für ein Verfahren zur Bewertung der Anti-Korruptionsmaßnahmen der Mitgliedstaaten	Kommission	2011
Vorschlag für ein Verfahren zur Bewertung der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	Kommission	2012

Aus- und Fortbildung		
Maßnahme	Zuständig	Zeitplan
Mitteilung zu einem Aktionsplan über europäische Schulungen für Angehörige aller Rechtsberufe	Kommission	2011
Mitteilung zu einem Aktionsplan über europäische Schulungen für im Bereich der inneren Sicherheit der EU tätige Personen	Kommission	2011
Pilotprojekte zu Austauschprogrammen für Justizbehörden und Angehörige der Rechtsberufe nach dem Vorbild des Programms „Erasmus“	Kommission	2010-2012
Pilotprojekte zu Austauschprogrammen für Strafverfolgungsbehörden nach dem Vorbild des Programms „Erasmus“	Kommission	2010-2012
Gründung eines Europäischen Rechtsinstituts	Kommission	2011-2012
Kommunikation		
Maßnahme	Zuständig	Zeitplan
Gezielte Kommunikationsmaßnahmen zur Information der EU-Bürger über ihre Bürgerrechte, insbesondere das Recht auf konsularischen Schutz in Drittländern und das	Kommission	2010

Recht, sich innerhalb der EU frei zu bewegen und aufzuhalten		
Maßnahmen zur Aufklärung über die Datenschutzrechte	Kommission	in Arbeit
Sensibilisierung gegen die Todesstrafe		
Maßnahmen zur Aufklärung über die Rechte des Einzelnen im Strafverfahren	Kommission	in Arbeit
Aufklärung über Instrumente zur Erleichterung grenzüberschreitender Transaktionen	Kommission	in Arbeit
Aufklärung über die Verbraucherrechte	Kommission	in Arbeit
Sensibilisierung gegen Diskriminierung	Kommission	in Arbeit
Aufklärung über die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums an den Außengrenzen durch die Zollbehörden	Kommission Mitgliedstaaten	in Arbeit
Dialog mit der Zivilgesellschaft		
Maßnahmen	Zuständig	Zeitplan
Zusammenkünfte des Europäischen Forums für die Rechte des Kindes	Kommission	in Arbeit
Zusammenkünfte des Europäischen Integrationsforums	Kommission	in Arbeit

Zusammenkünfte des Rechtsforums	Kommission	in Arbeit
Zusammenkünfte des Drogenforums der Zivilgesellschaft	Kommission	in Arbeit
Halbjährliche Zusammenkunft mit der Plattform der NRO des sozialen Sektors	Kommission	in Arbeit
Finanzierung		
Maßnahme	Zuständig	Zeitplan
Vorschläge für neue Finanzierungsprogramme und Fonds für den Bereich Justiz und Inneres im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens	Kommission	2011-2013